

# Forderungspapier des Bündnis Wohnen Bonn zur Kommunalwahl 2025

---

10.07.2025

## Grundposition:

Wohnen ist ein Menschenrecht – keine Ware.

Die soziale Wohnungsversorgung muss kommunale Pflichtaufgabe sein. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich klar und verbindlich zu bezahlbarem und fairem Wohnraum zu bekennen – mit konkreten Zielen, verbindlichen Aufgaben und der Kraft zur Umsetzung.

## Forderungen für Bonn:

### 1. Bezahlbarer Wohnraum für alle

- Ziel: 2.000 neue geförderte Wohnungen jährlich.
- Mind. 50 % geförderter Wohnraum bei Neubauprojekten ab 20 Wohneinheit.
- Grundstücksvergabe ausschließlich im Erbbaurecht – an kommunale, genossenschaftliche oder gemeinnützige Träger.
- Stadtentwicklungsgesellschaft und Vebowag als Motoren des sozialen Wohnens – durch engagierten Neubau, Mietpreisbindung, Sanierung ohne Verdrängung und klimagerechten Umbau.

### 2. Wohnraumreserven aktivieren

- Nachverdichtung und Aufstockung fördern, wo es sozial- und umweltverträglich ist.
- Leerstand aktiv bekämpfen: Zügige Umsetzung eines Bonner Leerstandskatasters mit Meldepflicht und Sanktionsmöglichkeiten.
- Umnutzung von Büro-/Gewerbeimmobilien für Wohnzwecke (bes. im Bundesviertel).
- Neue Parkraumkonzepte (Carsharing), Reduktion Stellplatzpflicht prüfen.

### 3. Sozialgerechte Stadtentwicklung

- Stadtteilentwicklung mit Augenmaß: Die Entwicklung neuer Quartiere wie das Rosenfeld in Bonn muss auch bei höherer Dichte dem Gemeinwohl dienen – durch gemischte Sozialstrukturen, klimagerechtes Bauen und soziale Infrastruktur. Umsetzung Bundesviertel-Rahmenplan mit verbindlichen Wohnquoten.
- NEILA-Flächen entwickeln: Erkenntnisse des NEILA-Konzepts, das überregional wissenschaftsbasiert Flächen- und Dichtepotenziale analysiert hat, müssen systematisch in kommunale Bau- und Planungsvorhaben integriert werden.
- Neue Quartiere sollen autoarm, gut an ÖPNV angebunden, durchmischt geplant werden.

### 4. Mieterschutz stärken

- Den qualifizierten Mietspiegel weiterentwickeln und wirksam nutzen als Basis für Kontrolle der Mietpreisbremse und die Ahndung von Mietwucher.
- Rechts- und Wohnberatung durch Wohlfahrtsverbände/Mieterbund stärken.
- Wohngeld proaktiv bewerben, Bearbeitung beschleunigen.

### 5. Wohnungslosigkeit beenden

- Offensive bis 2030: housing-first ausbauen, Koordination stärken (Wohnraumagentur), rechtliche Wiedereinweisung ermöglichen.

### 6. Beteiligung der Zivilgesellschaft

- Vertretung / Mitwirkung der Partner im Bündnis Wohnen in Bürgerbeteiligungsverfahren bei größeren Bauvorhaben ermöglichen.